

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zahlung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mark, und die Post monatlich
2,25 Mark, vierteljährlich 7,75 Mark,
einjährig 27,00 Mark, einschließlich
Zustellungsgebühren. Bestellungen
werden von allen Reichs-
poststellen angenommen. Im
allgemeinen Zeitungsergebnis unter
Einschluss der Postgebühren. Für
unverändert eingegangene Monats-
preise wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Genehmigung der „Volkswirtschaft“ ge-
stattet. Druck der Schriftleitung, Nr.
1140, der Anzeigen-Abteilung, Nr. 1103
u. 1133, der Bezugs-Abteilung, Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Volkswirtschaft

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gespaltenen 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Sammlungen je 40 Pf., Restlinien
die 92 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle an, sämtliche
Anzeigengebühren, Erfüllungsort
Halle. Erstausgabe: Montag 1 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schließung des Haupt-
Geschäfts: Halle, Neue Promen-
ade 10. Dr. Bräuninger. 17.
Reben-Geschäftsstelle: Große
Königsstraße 32 und Markt 24,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 604. Halle, Montag, den 27. Dezember 1920. Einzelpreis 30 Pf.

Deutschlands Dank an das Ausland.

Ein Aufruf an die oberschlesischen Beamten / Der Gewerkschaftsführer Legien gestorben.

Der Abg. Delius und die Beamten

Unter der geleisteten Nachhilfe demagogischer Elemente drohte in der Beamtenfrage eine Verzerrung gegenüber dem Abgeordneten Delius Platz zu greifen, die in dem Verhalten des Genannten und der Deutschdemokratischen Partei auch nicht die geringste Begründung hat. Delius soll vor allem durch seine Rede, die er anlässlich der Beratungen der Beamtenbesoldungsordnung am 16. Dezember im Reichstage hielt, die Interessen der Beamtenfrage verletzt haben. Das ist nicht der Fall. Im Gegenteil hat der Abg. das Menschenmögliche getan, um die Beamtenbesoldung in der bestmöglichen Weise im Rahmen der gegebenen Verhältnisse zu sichern.

Die Reichstagskommission über die Beratungen der Beamtenbesoldungsordnung liegen jetzt vor. Die Ausführungen des Abg. Delius hierzu, die im Laufe viel beachtet wurden, und da er als Vorsitzender des Besoldungsausschusses besonders im Vordergrund stand, geben wir nochmals in einem größeren Auszug wieder.

Nebener was zunächst darauf hin, wie sehr gerade er auch von der Beamtenfrage angeleitet worden ist, als er im Plenum der Nationalversammlung den Antrag stellte, die Einführung und die Beratung der Besoldungsordnung dem Reichstage zu überlassen. Heute gebe es wohl niemand mehr, der behaupten würde, daß dieser Antrag falsch gewesen sei. (Wichtigste Zustimmung.) Er weiß dann die Rede zu hören, die gegen den Besoldungsausschuss gerichtet sind und läßt sich nicht für: Ich darf als Vorsitzender des Ausschusses feststellen, daß in sachgemäßer und hingebender Arbeit verhandelt worden ist, das Beste für die Beamtenfrage herauszubringen. (Erneute Zustimmung.) Und ich kann jetzt feststellen — das möchte ich gerade gegenüber dem Herrn Kollegen Steintopp sagen —, daß sich alle Parteien bemüht haben, völlig einmütig Arbeit zu leisten, die politischen Momente vollständig beiseite zu schieben. Es ist ja nicht das erste Mal, daß ich an einer Besoldungsregulierung mitgearbeitet habe. Ich darf wohl feststellen, daß noch niemals eine solche Sorgfalt auf die Einführung verwendet worden ist, wie es jetzt geschehen ist, und da ich es mir gestattet, namentlich den Mitgliedern des Ausschusses für die hingebende Arbeit, die sie geleistet haben, auch den Dank auszusprechen. (Beifall der Besatzung.) Dankbar erkenne ich an, daß auch die Vertreter der Regierung sich die reichliche Mühe gegeben haben. Manchmal freilich ist es hart auf hart gegangen; aber das soll jetzt vergessen sein. Jedenfalls werden wir mit einiger Befriedigung auf die Arbeiten zurückblicken können, die von uns geleistet worden sind.

Die Arbeit ist natürlich wesentlich auch erleichtert worden durch die Mitwirkung der großen Organisationen der Beamten. Es war für uns eine Genugtuung, daß die Regierung bereits vor Einbringung der Vorlage, wie es in einem dem Reichstage Staatsrat selbstverständlich sein muß, sich mit den Vertretern der Großorganisationen der Beamten in Verbindung gesetzt hätte, und daß viele Streitpunkte, die sonst vielleicht im Ausschuss des Reichstages zu überwinden gewesen wären, von vornherein beseitigt worden. Bei einer weitgehenden Übereinstimmung zwischen der Regierung und den Organisationen der Beamten ergibt sich. Wenn wir nun das Fazit ziehen, so ist ganz klar, daß nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten. Aber auf der anderen Seite ist es doch ganz selbstverständlich, daß man dieses Werk als Ganzes zu betrachten hat. Man darf sich hier nicht auf einen einseitigen heiklen Standpunkt einstellen, sondern muß die Dinge von einer höheren Warte aus betrachten. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Wenn man das getan hat, wird man zu dem Ergebnis kommen müssen, daß die Gesamtheit der Beamten ein großes Bild vorwärts gekommen ist. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.)

Das wird jeder Beamte auch bejahen müssen, wenn er die Dinge objektiv betrachtet. Gemäß die Einkommensverhältnisse, die in dieser Besoldungsordnung festgelegt sind, sind an den heutigen Lohnverhältnissen gemessen, nicht ausreißend. (Ja, also bei der U. S. P.) Das bestreite wir keineswegs. Damals, vor beinahe einem Jahre, als die Vorlage eingebracht wurde, waren die Zahlen ungefähr angemessen der damaligen Löhner, und es wird deshalb die Aufgabe des Parlamentes sein müssen Abhilfe zu schaffen. Aber was die Einführung betrifft, so wird man sagen müssen, daß hier im großen und ganzen die Wünsche im weitestgehenden Maße erfüllt sind.

Der Grundgedanke bei dieser Einführung ist der gewesen, daß jeder Beamtenklasse möglichst ein Aufstieg zu einer höheren Besoldungsgruppe zugänglich gemacht werden soll. Die wichtigsten Elemente sollten nach oben hin freie Bahn haben. Dazu ist aber notwendig — und das sei mir gestattet, hier auszusprechen —, daß die Regierung auch von dieser Möglichkeit etwas reichlicher Gebrauch machen möge. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Es ist notwendig, daß der Überflutungs gewisser Bureaufürsten in manchen Ministerien gebrochen wird, die es heute noch nicht verdienen können, wenn einmal ein mittlerer Beamter in eine obere Beamtenklasse befördert wird. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Mir ist erst neulich aus einem Ministerium mitgeteilt worden, wie ein Reformminister mehrere Kämpfe hat führen müssen gegen seine Geheimräte, weil

er sich unterhand, einen mittleren Beamten in eine höhere Stelle zu bringen. (Hört! Hört! bei den Deutschen Demokraten.)

Manche Wünsche sind jetzt noch nicht erfüllt. Im Wege des Etats wird erst das zur Durchführung gebracht werden, was hier in den letzten Entscheidungen festgelegt ist, und die Entscheidungen, die wiederholt die Regierung abgab, müssen dafür bürgen. Es kann jetzt nicht meine Aufgabe sein, wie es von mehreren Vordrängern behauptet ist, auf jede Beamtengruppe einzugehen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Das lehne ich von vornherein ab. Es ist auch nicht Zweck der Aussprache. Wir haben gar nicht nötig, hier unsere Vorschläge alle aufzuführen, die wir in der Kommission gestellt haben. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Aber jeder, der die Beratungen in der Kommission objektiv prüft und sich einmal die Drucksachen der Kommission ansieht, wird feststellen können, daß wir mindestens nicht gegenüber den anderen Parteien zurückgeblieben sind, sondern daß wir uns redlich bemüht haben, die berechtigten Wünsche der Beamten zu erfüllen. Es müßte einigermaßen sonderbar an, daß die Kommunistische Partei in der „Roten Fahne“ erklärte, daß alle Parteien, angefangen von der äußersten Rechten bis zu den Rechtsunabhängigen, die Interessen der Beamten in der Besoldungsauswahl verraten hätten. (Hört! Hört!) Da ist denn doch einmal die Frage aufzuwerfen: was haben denn die Sozialen Kommunisten eigentlich gemacht? (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Meinerseits glänzte ich in diesem Besoldungsausschuss durch Wohlsehlichkeit. (Hört! Hört!) Vorschläge sind von ihnen überhaupt nicht gestellt worden. (Hört! Hört!) Also da ist es doch wahrhaftig nicht angebracht, sich nun auf das hohe Pferd zu setzen und zu erklären, daß sie die einzigen Vertreter der Beamten gewesen sind, während sie in Wirklichkeit sich an allen diesen Arbeiten überhaupt nicht beteiligt haben. (Zuruf von den Deutschen Demokraten: Das ist nicht kommunistisch, sondern kommunistisch!) Was meine Partei anbetrifft, so sind alle Vorschläge von uns auf ihre sachliche Begründung geprüft worden. Wir haben uns immer zum Grundsatze gemacht, eine Vereinigung der Verwaltung durchzuführen. Das werden vielleicht manche der Beamtenorganisationen nicht verstehen. Aber es liegt festes Endes gerade selbst im Interesse der Beamten, wenn man so verfährt, daß nur dann der Staat in der Lage ist, die Besoldungen der Beamten leisten zu können, wenn er befreit ist, eine mögliche Vereinfachung und Verkürzung der Verwaltung durchzuführen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Selbstverständlich sollen dadurch nicht die wohlverordneten Rechte der Beamten irgendwie angefaßt werden. Die Beamtenfrage ist ja in den letzten Wochen zu einer höchst wichtigen Frage geworden. Wir erkennen die Bedeutung der Beamtenfrage ohne weiteres an. Bei allen unseren Maßnahmen müssen wir berücksichtigen, eine Vereinfachung der Beamtenforderungen mit der Lösung aus finanzieller Hinsicht unserer Vaterlandes herbeizuführen.

Die Regierung hat manchmal abgelehnt, was im Interessenssinn beschließen worden ist. Ich muß sagen, es wäre vielleicht besser gewesen, wenn die Regierung mehr Entgegenkommen gezeigt hätte. Aber selbstverständlich waren auch Rücksichten menschlicher Art zu nehmen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, wenn diese oder jene Beamtengruppe um eine oder zwei Gruppen höher hinaufgeführt werden würde, würde zur Folge gehabt haben, daß Verurteilungen anderer Beamtenklassen eingeleitet hätten. Vielleicht wäre dann das lustvoll aufgeführte Gedächtnis der Besoldungsordnung erschüttert worden. (Sehr wohl! bei den Deutschen Demokraten.)

Wir freuen uns, daß nun auch eine Vereinfachung in den Beamtengehältern der Länder und der Gemeinden herbeigeführt wird. Das war notwendig; denn gerade das Sorgen der Länder und der Gemeinden hat uns in diese überaus schwierige Situation bei der Besoldungsordnung gebracht.

Im neuen demokratischen Staat hat man sich bemüht, möglichst eine Vereinfachung der Amtsstellen herbeizuführen. Wenn ich mir aber die Besoldungsordnung des näheren betrachte, so muß ich doch sagen, daß diese Vereinfachung noch lange nicht weit genug gegangen ist. (Beifall der Zustimmung.) Man kann hier kaum von einer Vereinfachung der Amtsstellen reden. Manche Titel sind neu eingeführt worden, die geradezu lächerlich wirken. (Sehr richtig!) Es ist an sich überaus bedauerlich, daß große Schäden der Beamtenfrage auf sich künftigen Titel immer noch liegt hohen Wert legen. (Sehr richtig!) Ich hoffe, daß die Beamtenfrage auch schon einmal abkommen wird.

Mir dieser Besoldungsordnung war auch die Besoldungsordnung für das Heer verknüpft. Wir haben in der Nationalversammlung den Standpunkt vertreten, daß es zweckmäßiger sei, die Reichswacht überhaupt nicht in das Besoldungsgesetz für die Beamten aufzunehmen. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Leider ist es uns damals nicht gelungen.

Nachdem Redner gegen den mehrheitlich gefassten Abgeordneten Steintopp unter dem Beifall fast des gesamten Hauses polemisiert hat, stellt er fest, daß Steintopp entgegen seiner Behauptung, die Besoldungsgruppen verringern zu wollen, einen dahingehenden Antrag bekräftigt und abgelehnt hat. Ferner, daß ihn die Entzweiung des Abgeordneten gegen die bürgerlichen Par-

teien, denen er vorwärts, für die höheren Beamten zuzielte und die unteren zu wenig getan zu haben, in Erinnerung zu bringen, sei es doch gerade auch der Abg. Steintopp gemeint, der für den Antrag für die Gruppe 13 das Endbudget in erhöhen, eingetreten und mit jenen seinen Freunden dafür gekämpft habe. Das Zutreten hier sei ja nicht verurteilbar, wenn man an die Veröffentlichungen denke, in denen sich Steintopp ja sehr bezeichnend äußert habe, und alles so hinsteilt, als wenn die anderen Mitglieder überhaupt nicht gefast hätten. Damals hätten sämtliche Mitglieder des Ausschusses, auch die der U. S. P. und Kommunisten entscheidende Worte der Mißbilligung über ein solches, die Tatsachen auf den Kopf stellen, unterlegales Verhalten gefunden. Aus dem heutigen Zutreten werden die Kreise auf die es angeht, nur, schon die richtigen Schlüsse ziehen. (Wichtigste Zustimmung.) Und heute dann ist die Besoldungsordnung nicht eine rechtliche Angelegenheit, sondern eine politische. Wir müssen uns eben damit trösten, daß wir das Beste gewollt haben. Das werden uns hoffentlich auch die Beamten zugestehen müssen. Wenn wir einen Vergleich gegen früher ziehen, muß doch festgestellt werden, daß doch manches erreicht worden ist.

Selbstverständlich wird die Beamtenfrage nach wie vor der ernsten Prüfung gestellt werden. Und gerade da ist der Antrag am Platz, der von meinem Kollegen Schiffer gestellt worden ist und die Anerkennung aller Fraktionen gefunden hat, daß jetzt eine offiziell anerkannten Ausschuss des Reichstages eingesetzt wird, der im Benehmen mit den Vertretern der Beamtenorganisationen fortgesetzt die wichtigsten Besoldungsfragen der Beamten in zu prüfen und dann mit Vorschlägen gegenüber der Regierung aufzutreten hat. (Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

In weissen Kreisen der Beamtenfrage hat ein harter Beunruhigung Platz gegriffen. Wir haben das in den letzten Tagen erlebt, als wir unter dem Zwang der Verhältnisse den Beschlus hier über die Erneuerung des Ausschusses faßten. Da ist mir persönlich durch eine unrichtige Berichterstattung in der Presse der Vorwurf gemacht worden, ich hätte hier erklärt, daß die Beamten mit dieser Regelung zufrieden sein würden. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten.) Das Wort „nicht“ hat man aber in den Berichten vergessen. Daher die Aufregung. Ich brauche wahrhaftig nicht erst zu sagen, daß ich einen bestimmten Satz angeht, der vorliegenden Verhältnisse gar nicht ausprechen konnte. Das hätten sich eigentlich die Beamten selbst sagen können, die mich jetzt anfragen. Meine Partei wird noch wie vor für sich in Anspruch nehmen, immer besonders sachlich und unvoreingenommen, wohlwollend an die Erfüllung der Wünsche der Beamten heranzutreten, weil wir uns wohl bewußt sind, daß die Beamten als Staatsorgane des Staates von uns hoch gewertet werden müssen. Wir aber alle, auch die Beamten, müssen uns daran gewöhnen, jetzt den Staat mit anderen Augen zu betrachten, als das früher geschehen ist.

Wir werden uns bestreben, den Beamten die Mittel zu geben, die im Rahmen des Staates notwendig und möglich sind, damit sie einigermassen weiterkommen können. Dennoch sollen die Beamten nicht deren Ansprüche, daß der Beschlus stets den guten Willen gegen sich hat, und wenn die Beamten dieses Besoldungswert unter diesem Gesichtswinkel betrachten, dann werden sie, glaube ich, auch einige freundliche Seiten abräumen können. (Sehr gut! und lebhaftes Bravo für die bei den Deutschen Demokraten.)

Der unbefangene, unvoreingenommene Leser wird aus diesem Wortes des Abg. Delius nichts herausgehören, was gegen die berechtigten Interessen der Beamten verkehrt. Wenn man dem Abg. Delius einen Vorwurf machen kann, so ist es nur der, daß er sich bisher nicht energisch genug gegen die Verfallung und Verdrückung seiner Worte gewehrt hat. Hoffentlich ist nun der böswilligen Beschlus gegen den Abg. Delius und gegen die Demokratie ein Ziel gesetzt und die Beamtenfrage, die in Delius einen der ehrlichsten und wärmsten Verfechter ihrer Interessen hat, weit von sich selbst weitere Verwicklungen ab.

Legien †

Reichstagsabgeordneter Legien, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist Sonntag morgen gestorben.

Anlässlich des Hinscheidens Legiens hat der Reichspräsident folgendes Schreiben an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gerichtet:

Das plötzliche Hinscheiden Karl Legiens, Ihres Vorstehenden, erfüllt mich mit tiefem Schmerz. Mit Karl Legien fand einer der hervorragendsten Männer Deutschlands ein Grab. Was er in mehr als dreißigjähriger, zäher, tatkräftiger Arbeit für die Gewerkschaften der Arbeiter geschaffen hat, ist unergänzbare Kulturarbeit. Überall in der Welt, wo die ungewöhnlichen Wurzeln gelegt haben, wird der Tod Karl Legiens tief beklagt werden. Für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ist der Verlust so

Holen auf dem Platz kreuzen und des Sammerstins flimmere des beuligen Kalenders



als ein schwerer Schicksalsschlag. Seien Sie meiner herzlichsten Teilnahme versichert. Ebert, Reichspräsident.

An den Reichswirtschaftsrat fandte der Reichspräsident folgendes Schreiben:

Dem Reichswirtschaftsrat beehre ich mich, zu dem schwersten Verluste, den er durch den plötzlichen Tod seines zweiten Vorsitzenden begehrt erfahren hat, meine herzlichste Teilnahme auszusprechen. Das warme und stets lebendige Interesse, das der Verstorbene dem Schicksal unseres Vaterlandes entgegenbrachte, und die tatkräftige Mitarbeit, die er allen Fragen unseres wirtschaftlichen Aufbaues widmete, werden seinem Namen im deutschen Wirtschaftswesen ein bleibendes Gedenken sichern. Ebert, Reichspräsident.

Carl Legien ist geboren am 1. Dezember 1861 in Marienburg (Westpreußen), besuchte dort die Bürgerschule und erlernte in Thorn das Drechslerhandwerk. Als Drechslergehilfe bereiste er Deutschland, kam Mitte der 80er Jahre nach Hamburg, schloß sich der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung an und wurde bald Vorsitzender der Vereinigung der Drechsler Deutschlands und der Zentralratentafel der Drechsler. Zu Ausgang des Jahres 1890, als das Sozialistengesetz gefallen war, gingen die Gewerkschaften daran, soweit das noch nicht geschehen war, sich in zentrale Verbände umzuwandeln und gleichzeitig eine Zentralleitung für alle Gewerkschaften zu schaffen. Eine Gewerkschaftszentrale, die im November 1890 in Berlin stattfand, schuf die Generalkommission der Gewerkschaften und wählte Legien zum Vorsitzenden. Im 1900 trafen sich die zentralen Gewerkschaftsorganisationen einer Reihe größter Städte ein händiges internationales Sekretariat. Dieser internationalen Verbindung gehören unter anderen an: Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Schweden, Österreich-Ungarn, Italien, Spanien, Schweiz, Vereinigte Staaten von Nordamerika usw. Das Sekretariat hat seinen Sitz in Berlin und wurde von Legien geleitet.

Gegen Korantys Machenschaften.

In den Weihnachtsausgaben der Deutschen Zeitung in Ober-Schlesien wird ein Aufsatz veröffentlicht, in dem es u. a. heißt: Während alle Welt immer deutlicher erkennt, daß die polnische Propaganda durch das Schreyensregiment blutiger Volksleidenheiten Einfluß und Macht zu gewinnen vermag, möchte Korantys gern auf der anderen Seite der allierten Kommission das friedliche Geistes eines gebildeten Beamtenapparates als zu seiner Verfügung stehend annehmen. Beamte! Aber die von Korantys vorgelegte Erklärung unterzeichnet, besagt eine gegenlandsfeindliche Handlung. Wer als Beamter sich zu dieser vaterlandsfeindlichen Handlung bewegen läßt, der handelt gegen seine Pflicht und gegen seinen Beamteneid. Das Deutsche Reich und Preußen haben durch Gesetz festgelegt, daß kein Beamter aus den Abblimmungsgebieten eine Stellung, sein Einkommen und seinen Rang verlieren darf, daß jeder Beamter, der durch eine unglückliche Schicksalsungung genötigt werden würde, Oberbefehlen zu verfallen, im unbesetzten Deutschland ungeschmäht seine Lebensstellung wiederfindet. Beamte! Ihr habt nicht nötig, euch den Polen an den Hals zu werfen. Umgehelt liegt der Fall. Man braucht euch, und man wird euch ewig brauchen. Wahr! Daher die Würde und denkt an Deutschland! Die unterzeichneten Parteien legen Wert darauf, öffentlich zu erklären, daß sie sich mit der Beamtenpflicht eins finden in den großen Fragen, die unser Land bewegen, und daß die Beamenschaft selber sein kann, von der deutschen Volksgemeinschaft Oberbefehlens geführt und geschützt zu werden.

Paris, 24. Dezember 1920.
Katholische Volkspartei (Zentrum), Sozialdemokratische Partei, Deutschdemokratische Partei, Deutschnationale Volkspartei.

Ein französisches Fälschungstückchen zu Gunsten Polens.

Der „Clarif“ hat kürzlich einen Artikel, die wirtschaftliche Zukunft Polens veröffentlicht. Der Artikel trägt die Überschrift: „Die deutsche Kreislei sieht sie als glänzende an“. Der Artikel enthält denn auch tatsächlich nur die Wiederholung eines Beilages um mehr als ein Vierteljahr zurückliegenden „Clarif“, des „Berliner Börsen-Couriers“, über die wirtschaftliche Lage Polens.

Es sieht in dem Artikel des „Clarif“ auch nicht ein Wort, das nicht auch im „Berliner-Courier“ hinde, trotzdem aber ist der Artikel des Berliner Blattes ein geradezu unvergleichlicher Fälschungstückchen. Das französische Blatt sieht nämlich alles anders, was der Berliner-Courier richtig und richtiges Zustande gebracht hatte und dies ist mehr als die Hälfte des Artikels des Berliner Blattes. Einige Beispiele mögen die Fälschungen des „Clarif“ beleuchten. Der „Berliner-Courier“ beginnt seinen Artikel mit der Behauptung, daß unter den neuangebliebenen selbständigen Staaten Polen in wirtschaftlicher Beziehung einen sehr beachtlichen Platz einnimmt. Dies drückt der „Clarif“ getreulich ab. Dann aber führt der „Berliner-Courier“ aus, daß infolge des Krieges mit Ausland und des Mangels an Lebensmitteln und Rohstoffen Polens wirtschaftliche Lage geradezu trostlos ist. Dies wird natürlich sorgfältig weggelassen. Das deutsche Blatt gibt dann Ziffern über die bestehenden industriellen Unternehmungen in Polen, ihre Arbeiterzahl, ihren Jahresumsatz u. a. Dies wird wieder vom „Clarif“ getreulich abgeschrieben. Die Erwähnung, daß die vor allem in Lothringen bestehende polnische Textilindustrie eine beachtliche Förderung ist, wird, was natürlich zu erwarten war, erwidert, vom „Clarif“ ebenso getreulich wie die Behauptung des letzten Berichtes über die polnischen Produktionsweisen. Die Unternehmung der natürlichen Schätze, über die der polnische Boden verfügt, wird natürlich wieder getreulich vom „Clarif“ wiederholt, die Mitteilung über die höchsten Löhne, die lange Arbeitstagen und die Überaus in Gegenwart und Zukunft, wird ebenso getreulich, wie die Behauptung des „enormen Rückgangs der Produktion“.

Wenn man einen Artikel in dieser Weise „bearbeitet“, so ist es natürlich sehr leicht, den Eindruck hervorzubringen, den man herbeizuführen will. Diejenigen, die die Polen überhaupt gütigsten Einbruchs der „Clarif“ vertritt die Behauptung, daß durch die überholenden Druck ausgesetzten Schlussbemerkung seines Artikels: „Es muß festgestellt werden, daß der „Berliner Börsen-Courier“ sehr feindselig gegen Polen eingestellt ist, aber er kann nicht sagen, wie feindselig die Behauptung ist. Die Behauptung, daß mit dem Artikel des französischen Blattes, die natürlich keine Behauptung von der von dem „Clarif“ durch jene tendenziösen Streidungen vorgenommenen großen Fälschung haben können, gesagt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse Polens in Wahrheit die besten sind, ist natürlich sehr leicht herbeizuführen, denn wenn schon ein gütigster Feind der polnischen Sache die Fälschung in der Fälschung kennt, so kann man gewiß noch etwas hinzubringen. Im übrigen ist es sehr anzunehmend, wenn der „Clarif“ ausgeht, daß deutsche Blätter gegen die angeblich die Wahrheit nicht annehmen können. Wie können sie aber das Kompliment nicht machen, wie die Überaus in Gegenwart und Zukunft, die Fälschung des Blattes wird der „Clarif“ ganz vorzüglich die augenfeindliche Wahrheit anzunehmen verweigern.

Weyl und Leinert.

Die Sozialdemokraten haben sich in Groß-Berlin gemeldet, für die Kandidatur des Unabhängigen Dr. Weyl als Oberbürgermeister von Berlin einzutreten; sie haben vielmehr für einen Kommunalbeamten, den Stadtkämmerer Dr. Böß, gestimmt. Die „Freiheit“ macht ihnen darauf mit dem Vorwurf, daß ihre Oberbürgermeister Leinert und Scheide man auch keine kommunalpolitischen Fachleute gewesen seien. Darauf erwidert die „Sozialistische Korrespondenz“:

„Natürlich ist zwischen Groß-Berlin mit seinen 4 Millionen Einwohnern auf der einen und Kassel oder Hannover auf der anderen Seite ein großer Unterschied. Aber entscheidend bleibt stets die Frage der Personalität. Dr. Weyl ist nicht nur als Stadtbürgermeister von Berlin höchst parteiisch gewesen, sondern er ist überhaupt allen politischen Gegnern der Unabhängigen höchst ungnädig, und es wird wenig geben, die sein allgemeines Wissen hochschätzen und ihm auch nur ein anfängliches Durchgangesmaß von Fähigkeiten zutrauen. Kasser ist ein sehr Demagog, kann er mit dem gefühnten Menschenverstande einem Leinert und der hohen politischen Begabung eines Scheide man überhaupt nicht verglichen werden. Für die Sozialdemokratie stehen bei der Besetzung aller Ämter in Staat und Stadt die Fähigkeiten, die berufliche Eignung an erster Stelle. Sie hat nicht den Überblaus an das Hofprezessorium und an die heilige Kraft 23jähriger Amtsinhabereitern. Aber ein bureaukratischer Außenleiter muß erst recht Fähigkeiten mitbringen.“

Es wäre sehr schön, wenn sich die Mehrheitssozialdemokratie an diese Grundzüge nicht nur denn erinnern wollte, wenn sie von ihrer Nachbarpartei verletzt werden, sondern wenn sie auch selbst in der Praxis stets diesen Leitlinien folgen würde.

Americas Hilfe für die Kinder.

Der amerikanische Senator Medill McCormick, der sich in Berlin aufhält, hat an den amerikanischen Lebensmittellieferanten, General Food Corp., der den Vereinigten Staaten eine außerordentlich lebhafte und dankenswerte Propaganda für die Unterstützung der deutschen Kinder eingeleitet hat, das nachfolgende Schreiben gerichtet:

„Ich möchte Sie bitten, mich unter die Schar der Amerikaner zu zählen, die die kleinen, unbewußten Götter begrüßen werden, deren Weichheit ja, zu deren ganzes Leben erheitert wird, weil wir sie unsere Weihnachtsfreude teilen heißen. Anders als Sie werde ich wirklich in die Gefühle einer großen Schar jener Kinder bilden und ihre hellenenden und nun fröhlicheren Stimmen hören können. Ich werde die Kinder aus dem Wunde derselben Kinder hören, die als unsere unglücklichen Götter haben ihre nicht hörbare Stimme mit der Stimme meines und anderer Kinder mischen, wenn diese um ihren Christbaum die Weihnachtslieder singen, im glücklichen und gelegenen Amerika.“

In dem ermatteten Europa, wo neue Truppen und neue Zollmauern noch die Verheißung der Gegenwart hinanhaltend, können die Kinder die Hoffnung der Zukunft. Dies tun sie und können sie nur tun, weil wir ihre kleinen Hände führen. Ueberall wohin ich kam, am sie zu sehen, spürten und drängten sie sich um mich, die amerikanischen Gewänder zu zeigen, die sie umhüllten, und die Richtung zum Verlassen hinstreuten, von der sie mir erzählen, daß sie von Amerika kommt. Hier im Herzen Europas witzten Amerikaner - jene ganz jungen Amerikaner, die in unsern aber in den vergangenen Jahren des Krisens und in der jetzt am Werke des Friedens jenes Friedens, der nicht in geschriebenen Verträgen, sondern in den Herzen der Menschen liegt. Dieser Winter mag sich, wir wollen es hoffen, als die letzte harte Probe der sozialen Sicherheit Europas erweisen. Nach diesem Winter, so wollen wir bitten, möge Europa nicht allein von allen revolutionären Phantasien sich wegwenden, sondern endgültig und entschieden auch von den Wegen des Krieges und seinem Haß zu den nicht mehr geforderten Aufgaben und Werken des Friedens. Hier und in den anderen Ländern, von denen ich eben komme, wo die gewaltige Gewalt und militärische Macht die Götter des Krieges, und drängen den Sinn die Erinnerungen alter Dinge, die in unsern Tagen so schön gelegt worden sind, von unserm alten Götter und Recht, von Freiheit, Ordnung, Brüderlichkeit und grüßlicher Barmherzigkeit. Ich habe das große, dreizehnte Kapitel des ersten Briefes an die Korinther vorgelesen. Ich habe die Seiten des Evangeliums gemendet und des Heilands Worte von den kleinen Kindern gelesen. Im Geiste dieser Worte ist Amerika heute hier tätig. Es ist geteilt mit seinem Geben.“

Die Art der Gnade weiß von keinem Zwang. Sie trauert wie des Himmels mildesten Regen zur Erde unter ihr; zweifach gelegnet: Sie legnet den, der gibt und den, der nimmt.

Am mächtigsten in Mächten. Sie ist ein Attribut der Gottheit selbst, Und ihre Macht kommt göttlicher am nächsten, Wenn Gnade bei dem Recht steht.

Gott segne Americas Hilfe für die Kinder! Geg. Medill McCormick.

Der amerikanische Senator Mc. Cormick war am Freitag beim Reichspräsidenten zum Tee eingeladen. Unter den Gästen befand sich auch Dr. Drehsel. Der Reichsminister des Auswärtigen hatte demnächst eine Unterredung mit Mc. Cormick.

Der Dank des deutschen Volkes.

Der Reichspräsident hat an den Reichsanstalt folgendes Schreiben gerichtet:

Menschenfreundliche Kreise des Auslandes sind seit langem bemüht, der in weiten Schichten unseres Volkes herrschenden Not durch Werke der Nächstenliebe zu wehren. An erster Stelle stehen in dieser Beziehung unsere Nachbarländer Dänemark, Finnland, Holland, Norwegen, Schweden und die Schweiz. Die warmherzige und fürsorgliche Anteilnahme, die den Kindern unseres Volkes seit Jahren in diesen Ländern monatelang bereits wird, begegnet den schweren Gefahren, denen das heranwachsende Geschlecht in geistiger wie in körperlicher Beziehung durch den Krieg und seine Nebenwirkungen ausgesetzt worden ist, und verjagt damit ein Ziel, das über die Not des Tages hinausweist und uns Deutschen ganz besonders am Herzen liegen muß.

Den gleichen Zweck dient die großzügige Hilfsbereitschaft der Quäker. Ihren Spenden der Schulung haben sie eine gleiche Fürsorge für bedürftige Erwachsene folgen lassen. Und andere Kreise der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten haben eine weitgehende Hilfsbereitschaft in Form von Liebesgaben und Geldüberweisungen entfaltet. Tatkräftige, von warmer Sympathie getragene Hilfe ist auch von den Staaten Südamerikas gekommen; so hat auch jüngst ein Komitee holländischer Damen der Gattin unseres Außenministers die Summe von 150.000 Mark für unsere Kriegswaisen zu Verfügung gestellt.

Das Gefühl für den Wert all dieser menschenfreundlichen Hilfe wird im deutschen Volke, das so schwer um sein Dasein ringt, nicht erlöschen. Ich möchte das Weihnachtsfest nicht vorübergehen lassen, ohne diesen Gefühlen weitestens Ausdruck zu geben, und bitte Sie, Herr Reichsanstalt, allen beteiligten Stellen warmen und bleibenden Dank des deutschen Volkes zu übermitteln. gez. Ebert.

Der Reichsanstalt hat veranlaßt, daß den beteiligten Stellen des Auslandes und den inländischen Hauptstellen des inländischen Hilfsdienstes der in diesen Schreiben ausgedrückte Weihnachtsdank des deutschen Volkes übermittelt wird.

Dr. Simons über Weihnachten 1920.

In der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons, einen Artikel über Deutschlands weltpolitische Lage, in dem es u. a. heißt:

„Vor Standpunkt der äußeren Politik ist es ein trübes Weihnachtsfest mit buntem Hintergrund in das kommende Jahr. Dennoch steht auf diesem Weihnachtsfest Deutschlands nicht jedes Hoffnungslicht. Als ein solches möchte ich es bezeichnen, daß dem Anschein nach die tadelfähigsten Männer in Brüssel in einer ruhigen und sachlichen Weise konferieren und im Osten erblickt man hier und da einen Hoffnungsstimmer. Die russische Regierung scheint geneigt, mit den Völkern des mittleren und westlichen Europa in nähere wirtschaftliche Beziehungen einzutreten. Aus Polen tönen Stimmen des Friedens und der Verständigung herüber, und es wäre unverantwortlich, wenn wir den Versuch einer Verständigung zurückweisen wollten.“

Aus der Ferne taucht uns eine Hoffnung aus dem Lande der Sterne und Streifen entgegen. Wir dürfen sicher sein, daß der neue Präsident nicht zögern wird, den Friedenszustand mit Deutschland herzustellen, um damit unser geistiges und wirtschaftliches Leben neu zu befruchten. Leider hind das alles nur kleine Hoffnungslichte; sie können das Dunkel nicht verjagen, das über uns und den von uns getrennten Volksgenossen ruht. Aber auch kleine Lichter nähren die Hoffnung, die nichts zu ändern werden will. Warten wir also in geduldiger und fester Erwartung auf ein anderes Weihnachtsfest Deutschlands, an dem der Gedanke an uns wahr wird: „Das Volk, das im Dunkeln wandelt, sieht ein großes Licht!“

Der Fall Falkenhayn.

Nachdem vor einigen Tagen der Reichsverwaltungsminister die Interpellation Trimbom über den Fall von Falkenhayn beantwortet hat, veröffentlicht nunmehr, der „Dene“ zufolge, die preussische Staatsregierung folgende Antwort, die sie auf eine von den Abgeordneten des Landtages vorgelegte Resolution an den Reichstag (Com) und Herktrath in der gleichen Angelegenheit an die gerichtete Eingabe ertheilt hat: „Der preussischen Staatsregierung ist es bekannt, daß der Vertreter der Reichsgetreidewirtschaft, Herr v. Falkenhayn, in der Sitzung im Oberpräsidium in Rostock am 29. Oktober d. J. durch die Art seines Auftretens schärfste Beunruhigung in den Kreisen der rheinischen Bevölkerung hervorgerufen hat. Sie hat insbesondere mit Unwillen davon Kenntnis genommen, daß Herr v. Falkenhayn im Verlauf der Sitzung gegenüber den Vertretern rheinischer Organisationen ohne jeden Schein einer Berechtigung von hochverrätterischen Behauptungen gesprochen hat, worin die Welt über den Kreis der Störungsetzner hinaus als Verletzung des nationalen Bewußtseins der Rheinländer empfunden worden sind. In der Tat sollte die treubewährte deutsche Gemüther der rheinischen Bevölkerung diese für allemal vor derartigen Hinweisen auf Bestrebungen, die sie selbst mit aller Entschiedenheit verurteilt, schützen. Es war nicht Sache der preussischen Staatsregierung, sondern Sache der Reichsregierung, die erforderlichen Maßnahmen gegen Herrn v. Falkenhayn zu veranlassen. Die preussische Staatsregierung hat in diesem Zweifel darüber zu stehen, wie stark sie ihrerseits das Vorgefallene verurteilt, bei mit der Leitung der festgestellten Störungsetzner preussischen Beamten, der nicht sofort mit der ihrer Ansicht nötigen Entschiedenheit den Auslassungen des Herrn von Falkenhayn entgegengetreten ist, unverzüglich seiner Stellung beim Oberpräsidium in Rostock entzogen und ihn in ein anderes Amt außerhalb der Rheinlande versetzt. Außerdem hat die Staatsregierung sofort, nachdem ihr der Vorfall bekannt geworden war, dem Herrn Reichsanstalt gegenüber die Bedauernung darüber ausgesprochen, daß derartig ungeeignete Persönlichkeiten wie Herr v. Falkenhayn im Rheinlande verwendet wurden, und an ihn die Bitte gerichtet, sämtlichen Reichsbehörden die sorgfältige Auswah der dort tätigen Personen zur Pflicht zu machen. Schließlich muß ich die Staatsregierung ihre etwaige besondere Stellungnahme wegen der von Herrn v. Falkenhayn gegen den Regierungspräsidenten in Trier gerichteten Angriffe vorbehalten.“

Deutsches Reich.

Der Personalreferent im Auswärtigen Amt zurückgetreten. Der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Dr. Schüler hat einen Urlaub angetreten, von dem er, wie das „Hamb. Fremdenblatt“ meldet, nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren wird.

Der Nachfolger Dr. Mooses. Wie die „D. Allg. Ztg.“ hört, ist nunmehr die Ernennung des bisherigen Ministerialdirektors im Reichsfinanzministerium Dr. Zapf als Nachfolger des Staatssekretärs Dr. Moose erfolgt.

Koener v. Der frühere Reichs- und Landtagsabgeordnete Oberlandesgerichtsrat a. D. Koener ist im Alter von 76 Jahren gestorben.

Die Währungsfrage in Braunschweig. Nach einer Mitteilung aus Braunschweig haben die rechtsfähigen Parteien des Braunschweiger Landtages zu der Währungsfrage eine Beschlusse des Reichshauses eine Erklärung abgegeben, in der sie die Forderung des früheren Herzogs als außerordentlich hoch bezeichnen. Sie erlangen, daß von der juristischen Fakultät irgend einer Universität ein Gutachten über die Berechtigung der Ansprüche eingeholt werde.